

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. Februar 1986

am Freitag, dem 28. Februar 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	33, 34	Menzel (SPD)	81, 82
Austermann (CDU/CSU)	83	Müller (Schweinfurt) (SPD)	26, 27
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	68, 69	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	1, 72
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	64, 65	Pauli (SPD)	12, 13
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	28, 29	Peter (Kassel) (SPD)	18, 19
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	94, 95	Reimann (SPD)	97, 98
Dolata (CDU/CSU)	24, 25	Roth (SPD)	35, 36
Duve (SPD)	43, 44	Rusche (DIE GRÜNEN)	11, 73
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	62, 63	Schlatter (SPD)	4, 80
Eigen (CDU/CSU)	89, 90	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	16, 17
Fiebig (SPD)	106, 107	von Schmude (CDU/CSU)	49, 50
Funk (CDU/CSU)	92, 93	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	45, 46
Götzer (CDU/CSU)	23	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	51, 52
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	30, 31	Dr. Sperling (SPD)	70, 71
Heistermann (SPD)	102, 103	Dr. Spöri (SPD)	9, 10
Hettling (SPD)	40, 74	Stiegler (SPD)	88, 101
Hinsken (CDU/CSU)	58, 59	Stockhausen (CDU/CSU)	66, 67
Frau Hönes (DIE GRÜNEN)	53, 54	Ströbele (DIE GRÜNEN)	75, 76
Huonker (SPD)	3, 79	Stutzer (CDU/CSU)	86, 87
Dr. Hupka (CDU/CSU)	48, 60	Tatge (DIE GRÜNEN)	14, 15
Immer (Altenkirchen) (SPD)	32, 47	Uldall (CDU/CSU)	104, 105
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	91, 96	Volmer (DIE GRÜNEN)	7, 8
Jungmann (SPD)	37, 38	Frau Wagner (DIE GRÜNEN)	61
Kirschner (SPD)	99, 100	Waltemathe (SPD)	56, 57
Kohn (FDP)	39	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	20, 41
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	21, 22	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	77, 78
Dr. Kübler (SPD)	5, 6	Dr. de With (SPD)	84, 85
Mann (DIE GRÜNEN)	2, 42	Würtz (SPD)	55

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	17

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost den Reinigungsdienst und die Kraftfahrzeugwerkstätten privatisiert, und wenn ja, welche Kostenersparnis wird hierdurch erzielt?
2. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Wann hat die Bundesdruckerei in Berlin (West) den Auftrag zur Herstellung eines fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises erteilt, und sind im Hinblick auf die geplante Herstellung des Ausweises Personaleinstellungen vorgenommen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß das Ergebnis der Untersuchung der Landesbausparkasse Münster/Düsseldorf nicht auf das gesamte Bundesgebiet übertragbar ist, wonach der Anteil der Gebrauchtimmobilien an allen erworbenen Eigenheimen seit 1982 von 43 v. H. auf inzwischen 50 v. H. angestiegen ist?
4. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Wie viele Baugenehmigungen wurden nach dem vorläufigen Ergebnis der Baugenehmigungsstatistik in den Jahren 1983 bis 1985 erteilt für Wohnungen in neu errichteten Wohnungsbauten, und welche Zahlen schätzt die Bundesregierung für die Jahre 1986 bis 1990?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sind Energieversorgungsunternehmen im vergangenen Jahr an die Bundesregierung herangetreten mit der Information, daß sie beabsichtigen, in absehbarer Zeit mit der Planung und Errichtung eines Brutreaktors SNR 2 zu beginnen?
6. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wo sieht die Bundesregierung die Grenze zwischen der in der Verantwortung der Industrie liegenden Planung, für die es nach Auskunft der Bundesregierung keine staatlichen Subventionen geben soll und den die Planung begleitenden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im sicherheits- und genehmigungsrelevanten Bereich, die von der Bundesregierung unterstützt werden entsprechend ihrer Antwort in der Fragestunde vom 15. Januar 1986 (Plenarprotokoll 10/186)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

7. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß es sich bei der gemeldeten Bestechungsaffäre in Ägypten mit bundesdeutscher Beteiligung um ein Projekt der bundesdeutschen Entwicklungshilfe mit Mischfinanzierung handelt (Errichtung einer Papier- und Zellstofffabrik in Kous durch ein bundesdeutsches Konsortium unter Beteiligung der Firma Siemens, siehe dpa-Meldung vom 13. Februar 1986)?
8. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Bemühen um Beschäftigungswirksamkeit mit ihrer Hilfe auf der Geberseite die Bestechung durch den bundesdeutschen Lieferanten gefördert oder zumindest billigend in Kauf genommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

9. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Inwieweit sind Hinweise in einem Bericht des Magazins „stern“ vom 13. Februar 1986 zutreffend, wonach im Pershing II-Stützpunkt Waldheide bei Heilbronn die Sicherheitsvorschriften völlig unzureichend wahrgenommen werden?
10. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Hat das Bundesministerium der Verteidigung auf Grund dieses Berichts mit den zuständigen amerikanischen Stellen Kontakt aufgenommen, um die Einhaltung ausreichender Sicherheitsvorschriften zu gewährleisten?
11. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den Bericht über Söldnerausbildung in der WDR-Sendung „Aktuelle Stunde“ am 19. Februar 1986 zur Kenntnis genommen, und kann sie bestätigen, daß Mitglieder des „Bund Deutscher Legionäre“ als angebliche Reservistenkameradschaft auf Bundesweherschießplätzen ihre Übungen durchführen bzw. durchführen konnten?
12. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wo und an welcher Stelle sind Veröffentlichungen über mutmaßliche strafbare Handlungen des Hauptabteilungsleiters Rüstung im Bundesministerium der Verteidigung früher in der Form erfolgt, wie in den Rundfunksendungen des Westdeutschen Rundfunks am 17. März 1985, des Senders Freies Berlin vom 6. April 1985 und des Südwestfunks am 2. September 1985 früher in der Form vorgekommen, und von früheren Verteidigungsministern diese Vorwürfe in der Öffentlichkeit zurückgewiesen worden?
13. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Glaubwürdigkeit zweier Vertreter von Rüstungsfirmen, die in den Veröffentlichungen über mutmaßliche strafbare Handlungen des Hauptabteilungsleiters Rüstung im Bundesministerium der

Verteidigung, wie beispielsweise in dem 1985 im Focus-Verlag erschienenen Buch „Die Vergangenheit, die nicht endete“, als Zeugen namentlich erwähnt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

14. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den erneuten Glykol-Skandal einer Kellerei im Landesteil Südliche Weinstraße Rheinland-Pfalz bzw. deren Aussage, daß die Glykol-Beimischung auf Grund einer Verwechslung, d. h. statt mit eigenem Gewürztraminer Beerenauslese mit QBA Gewürztraminer aus einem österreichischen Tanklastzug zugesetzt worden sei?
15. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des Weinbaupräsidenten, daß es dringend geboten sei, bei Betrieben, die eine Mischform von Weingut und Weinkellerei darstellen, künftig darauf hinzuweisen, daß bei den zugekauften Weinen keine Qualitätsgarantie übernommen werden könnte?
16. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Reichen die von Bundesminister a. D. Dr. Geißler den Trägerinnen der Frauenhäuser angekündigten und nach seiner Auskunft mit den Ländern abgestimmten Regelungen zu einer gesicherten Finanzierung von Frauenhäusern aus, und wo treten gegebenenfalls Schwierigkeiten auf?
17. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Frauenhäuser sind durch fehlende Vereinbarungen zwischen Städten und ländlichen Gemeinden in ihrer Existenz bedroht, und sieht die Bundesregierung in den geplanten bayerischen Lösungen die Möglichkeit einer generellen Regelung?
18. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit beabsichtigt, ein Gremium mit der Aufgabe, das Ministerium in der Frage der Finanzierung von Frauenhäusern zu beraten, einzurichten, und welches ist gegebenenfalls der Grund dafür?
19. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Welche Institution/Personen sollen diesem Gremium angehören, und welches Ziel wird vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in den Beratungen mit dem geplanten Gremium angestrebt?
20. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Versorgung von Pflegefällen in einem Umfeld von häuslicher Pflege, Sozialstationen und stationärer Pflege durch eine gesetzliche Regelung ähnlich der Versorgungsgesetzgebung für die Zukunft sicherzustellen?

21. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird sichergestellt, daß Chefärzte verläßliche Kriterien als Richtlinien für die Ausbildung der AiP-Ärzte erhalten?
22. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wenn dem AiP-Arzt ein Fehler unterläuft, wer wird dann belangt?
23. Abgeordneter
Götzer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei der von ihr vorgeschlagenen Regelung, die davon ausgeht, daß die Stellen für den AiP-Arzt aus freierwerbenden und nicht wieder besetzten Assistenzarztstellen beschafft werden können und auf der Grundlage 1 : 3 oder 1 : 2 erfolgen sollen, bei annähernd 12 000 Absolventen durch diese Maßnahme ein reibungsloser Ablauf für die Durchführung der AiP-Phase gewährleistet ist?
24. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß etwa 80 v. H. aller jungen Mediziner eine vier- bis sechsjährige Facharztausbildung durchlaufen und zukünftig ein Teil gezwungen wird, sich niederzulassen, weil nicht in ausreichendem Umfang die erforderlichen Stellen für die Weiterbildung zum Facharzt bereitgestellt werden können?
25. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, zur Straffung des Medizinstudiums das sogenannte praktische Jahr entfallen zu lassen, um dadurch die Gesamtdauer des Studiums zu verkürzen, gleichzeitig aber den Forderungen nach einer verbesserten qualitativen Ausbildung gerecht zu werden, und wie sind derartige Vorstellungen mit der EG-Richtlinie über die Vereinheitlichung der Mediziner Ausbildung von mindestens sechs Jahren oder 5 500 Unterrichtsstunden zu vereinbaren?
26. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in französischen Treibhäusern, die der Erzeugung von Salat und Gemüse dienen, das als krebserregend geltende Methylbromid zur Entseuchung der Böden verwendet wird, und was hat die Bundesregierung bisher getan, um sicherzustellen, daß keine aus diesem Grunde mit Bromid belasteten Erzeugnisse in die Bundesrepublik Deutschland importiert werden?
27. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Hat die Tatsache, daß in der Schweiz in den letzten Wochen französischer Kopfsalat wegen zu hoher Bromidbelastung aus dem Verkehr gezogen wurde, zur Intensivierung der deutschen Grenzkontrolle bzw. zu sonstigen zusätzlichen Schutzmaßnahmen für die deutschen Verbraucher geführt?

28. Abgeordnete
**Frau
Dann**
(DIE GRÜNEN)
- Ist es der Bundesregierung bekannt, daß eine Gesetzesveränderung derzeit im US-Kongreß (Senate Bill 1848; House of Representatives HR-3495) beraten wird, die es ermöglichen soll, auf dem US-Markt nichtzugelassene Pharmazeutika, einschließlich biotechnologischer Produkte, zu exportieren?
29. Abgeordnete
**Frau
Dann**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, mögliche negative Folgen dieser neuen Exportpraxis abzuwenden, insbesondere in Form von einer potentiellen gesundheitlichen Gefährdung der Bürger, von wirtschaftlichen Nachteilen für hiesige Hersteller und durch den Weiterexport solcher Produkte in Länder der Dritten Welt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

30. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Auf Grund welcher veränderten Berechnungsmethoden kommt der Bundesminister für Verkehr heute zu dem Ergebnis, daß aus Sicherheitsgründen für den Flughafen Stuttgart-Echterdingen eine Verlängerung der Startbahn um 1 380 Meter nötig sei, während noch 1985 die über viele Jahre hinweg unveränderte Auffassung vertreten wurde, eine Verschiebung der S-/L-Bahn um 885 Meter genüge, um den Sicherheitsanforderungen von seiten des Bundes zu entsprechen?
31. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Welches Ergebnis wäre zu erwarten, wenn das Kollisionsrisikomodell (CRM), dessen Anwendung die Schonung der Weidacher Höhe ermöglicht, auch für die Anflugsituation von Osten angewendet würde, entsprechend der Auffassung der ICAO und des schweizer Gutachters Graf?
32. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß im Rahmen des Programms „Modernisierung der Bundesbahnnebenstrecken“ auch die DB-Strecke Au — Altenkirchen — Limburg — Frankfurt/Main modernisiert wird, wobei sowohl der Unterbau — zur Erhöhung der Reisegeschwindigkeit — als auch der Fahrzeugpark den heutigen Erfordernissen angepaßt werden muß, um ein attraktiveres Angebot zu gewährleisten?
33. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Gibt es Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Baden-Württemberg, denen zufolge Bundesfernstraßenmaßnahmen — wie es der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Nordbaden am Beispiel der Westtangente Pforzheim öffentlich erklärt hat — vom Land anders geplant werden als im Bundesfernstraßenbedarfsplan beschlossen wurde, etwa als Umweltschutztrasse wie am Beispiel Pforzheim?

34. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Werden die in Abänderung des Bedarfsplans möglicherweise zusätzlich erforderlichen Mittel von anderen Fernstraßenprojekten abgezogen, und zu Lasten welches Projektes werden gegebenenfalls die 40 Millionen DM Mehrmittel für die Westtangente Pforzheim bereitgestellt?
35. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Was sagt die Bundesregierung zu Abweichungen vom Bundesfernstraßenbedarfsplan, die z. B. am 16. Januar 1986 vom Regierungspräsidenten Dr. Bieringer angekündigt wurden, und wonach über die vom Deutschen Bundestag für die B 463 Pforzheim/West (B 10)—Pforzheim/Süd (B 463) 1.BA bis B 294 (Westtangente Pforzheim) beschlossenen 58,2 Millionen DM nun 100 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden sollen?
36. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Wird die Bundesregierung keine Einwände erheben, wenn das Land, vertreten durch den Regierungspräsidenten Dr. Bieringer, ausschließlich eine Umweltrasse mit langem Tunnel durch den Stadtteil Arlinger plant und dabei 100 Millionen DM verwendet?
37. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Welche Gründe waren für die Deutsche Bundesbahn maßgebend, die Modernisierungsarbeiten an den Hamburger S-Bahn-Zügen aus der norddeutschen Region in den süddeutschen Raum zu verlegen?
38. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Welche Zusatzinvestitionen wären – wenn überhaupt – erforderlich, um die Bundesbahn-Ausbesserungswerke in Neumünster und Hamburg-Harburg in die Lage zu versetzen, die Generalüberholung und Modernisierung von Hamburger S-Bahn-Zügen durchzuführen?
39. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus ihren Grundsätzen zur Entbürokratisierung für die Novellierung der Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung ziehen?
40. Abgeordneter
Hetting
(SPD)
- Trifft es zu, daß dem Bundesminister für Verkehr seit Oktober 1985 eine Studie über die tatsächliche Flottenkapazität und eine Schätzung des Tonnagebedarfs vorliegt und deren Kurzfassung bereits dem Verband Deutscher Reeder zugestellt wurde, wenn ja, warum wurde den Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages diese Studie, einschließlich deren Wertung durch die Bundesregierung, nicht schon längst zugestellt?
41. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit zuzusichern, daß der Bund sich weder direkt noch indirekt (z. B. über Staatsunternehmen wie Deutsche Bundesbahn oder Lufthansa) an der Hamburger Reederei Hapag Lloyd beteiligen wird, die nach einer Meldung des „Spiegel“ in den Anteilen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank zum Verkauf anstehen soll?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

42. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Hat sich Bundeskanzler Kohl im Kreise von Journalisten (Bericht im Spiegel Nr. 5 vom 27. Januar 1986, Seite 17) zum Problem der Entschädigungszahlungen für jüdische Zwangsarbeiter geäußert und dabei erklärt, was ein CSU-Politiker zur Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter und über die Juden gesagt hat, die sich immer zu Wort meldeten, wenn in deutschen Kassen das Geld klimpere, so denke die überwältigende Mehrheit der Deutschen: Darüber solle sich bloß niemand täuschen, Antisemitismus sei das aber nicht?
43. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Trifft die Information des vom Personalrat des Bundespresseamtes im Januar 1986 herausgegebenen Mitteilungsblattes zu, wonach zusätzlich zu der Rundfunk- und Fernsehauswertung durch die Nachrichtenabteilung eine regelmäßige abendliche Beobachtung und Bewertung von politischen Fernsehsendungen („auch Unterhaltungssendungen“) erfolgt, die auf „freiwilliger“ Basis durch Mitarbeiter des Bundespresseamtes geschieht, und welchen Zweck verfolgt diese zusätzliche Beobachtung und Bewertung?
44. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Nach welchen Kriterien wird die „Bewertung“ vorgenommen, da sie sich ja messen lassen muß an der Auskunft des Staatssekretärs Neusel vom Bundesministerium des Innern (Drucksache 10/4634) vom 23. Dezember 1985: „Eine Programmbeobachtung im einzelnen gehört nicht zu ihren (der Bundesregierung) Aufgaben.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

45. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Finanzierung von humanitären Hilfsmaßnahmen und Großobjekten, z. B. im Gesundheitswesen oder der Trinkwasserversorgung in Nicaragua durch deutsche Städte, angesichts der laufend bekanntwerdenden Menschenrechtsverletzungen in diesem Land?
46. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Unter welchen Umständen und in welchem Umfang werden solche kommunalen Hilfsmaßnahmen von der Europäischen Gemeinschaft gefördert und bezuschußt?
47. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die dramatische innenpolitische Entwicklung in Südkorea, nachdem zahlreiche Abgeordnete der Opposition verhaftet oder unter Hausarrest gestellt worden sind, und was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Einflußmöglichkeiten zu tun, damit diese antidemokratische Entwicklung gestoppt wird?

48. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum bezeichnet das Auswärtige Amt die 280 000 Deutschen, die als Aussiedler aus dem polnischen Bereich zu uns gekommen sind, in der Broschüre „Unsere Auswärtige Politik“ einmal als „Deutschstämmige“, ein anderes Mal als „Übersiedler“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

49. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, durch Verhandlungen mit der Regierung der DDR für die Mülltransporte zur Deponie Schönberg einen weiteren Grenzübergang in Wietingsbek oder an anderer Stelle im Kreis Herzogtum Lauenburg einzurichten, bzw. hat die DDR derartige Vorschläge von sich aus unterbreitet?
50. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen, die Mülltransporte nach Schönberg künftig nicht mehr durch die Ortsmitte von Schlutup zu führen, sondern statt dessen über einen neu zu schaffenden Übergang unweit der bisherigen Kontrollstelle abzuwickeln, und wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten dieser Bestrebungen?
51. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung der DDR inzwischen offiziell mitgeteilt, daß sie mit dem Positiv-Negativ-Katalog für die Ablagerung von Sonderabfällen auf der Deponie Schönberg, den die DDR ihr 1984 übermittelt hat, nicht einverstanden ist, und inwieweit unterscheidet sich dieser DDR-Katalog von dem Katalog, den auch die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) und das Umweltbundesamt tolerieren wollten?
52. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Status hat der DDR-Katalog inzwischen rechtlich für die Bundesrepublik Deutschland bzw. die DDR, insbesondere im Hinblick auf die Erteilung von Export- bzw. Ablagerungsgenehmigungen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit ein von allen Seiten getragener Positiv-Negativ-Katalog zustande komme?
53. Abgeordnete
Frau
Hönes
(DIE GRÜNEN)
- Wann ist der Besorgnistatbestand bei einer grenznahen Deponie erfüllt, nachdem in der 3. Novelle AbfG der Export von Sondermüll nicht genehmigt werden darf, wenn von dessen Beseitigung im Empfängerland eine Gefährdung bundesdeutscher Bürger zu besorgen ist, und wer entscheidet hierüber?
54. Abgeordnete
Frau
Hönes
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die von der Kommission der EG vorgesehene Änderung der „Richtlinie 84/631/EWG über die Überwachung und Kontrolle – in der Gemeinschaft – der grenzüberschreitenden Verbringung gefähr-

- licher Abfälle“ eine weitere Novellierung des AbfG nötig macht, und wenn nein, gilt damit die in der Änderung vorgesehene Verschärfung bereits für den deutsch/deutschen Sondermüllverkehr?
55. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung daran, den Visumzwang für türkische Gastarbeiter, die in den EG-Ländern beschäftigt sind, aufzuheben und damit entsprechend der Entscheidung der Benelux-Länder zu verfahren?
56. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Kann es die Bundesregierung unter Berufung auf Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG verantworten, daß einem jungen Tamilen das Recht auf Asyl verweigert wird mit der Begründung, Gruppenverfolgung sei „ebenfalls nicht zu erkennen, denn selbst wenn das Militär auf Grund seiner Stärke und Ausrüstung in der Lage sein sollte, nicht nur jugendliche Tamilen, sondern die gesamte tamilische Bevölkerung im Norden zu disziplinieren, niederzuhalten oder schlimmstenfalls sogar zu vernichten – mit oder ohne Billigung der Staatsführung – darf nicht verkannt werden, daß in der den Aktionen zugrundeliegenden Terrorismusbekämpfung ein legitimes Ziel liegt.“ (Entscheidung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 2. September 1985 Gesch.-Z. 431-07184-84)?
57. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um derartige menschenverachtende amtliche Äußerungen innerhalb ihres Verantwortungsbereichs zu ahnden und zukünftig zu unterbinden?
58. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, die besagen, daß Tamilen via Colombo, Rangun (Birma), Bangkok, Ost-Berlin, Frankfurt/Oder, Warschau, Prag mit Hilfe von kommerziellen Fluchthelfern nach Schirnding in Bayern einreisen und Asyl beantragten, und durch welche Maßnahmen soll künftig eine derartige Praxis unterbunden werden?
59. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung grundsätzlich, um die Asylantenwelle in die Bundesrepublik Deutschland zu beenden bzw. auf ein erträgliches Maß zurückzuführen?
60. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Flüchtlinge aus Vietnam konnten bisher in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden, und wie viele sind inzwischen weitergewandert oder zurückgekehrt?
61. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den Bericht über Söldnerausbildung („Aktuelle Stunde“, WDR, 21. Januar 1986) zur Kenntnis genommen, und kann die Bundesregierung demzufolge bestätigen, daß Vertreter der französischen Fremdenlegion in der Bundesrepublik Deutschland Söldner anwerben?

62. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung nunmehr mitteilen, um welche anderen Staaten und Polizeibehörden es sich handelt, die nach Kenntnis der Bundesregierung Vertreter zu der von Staatssekretär Kroppenstedt in der Fragestunde am 22. Januar 1986 (Plenarprotokoll 10/189) erwähnten internationalen Konferenz der Universität Pretoria entsandt haben, und wie lautete die genaue Bezeichnung dieser Konferenz, an der ein Vertreter des Bundeskriminalamtes teilnahm?
63. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, daß angesichts der inzwischen bekanntgewordenen Einzelheiten der Polizeisonderreise nach Südafrika nicht mehr von einer „Privatreise“ einzelner Bürger gesprochen werden kann, sondern es sich vielmehr um eine Spezialreise für bundesdeutsche Polizeibeamte handelte, die zudem von Südafrika subventioniert wurde?
64. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig Polizeibeamte aus Südafrika in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen, und hat es solche Einladungen im Gegenzug zur Teilnahme eines BKA-Beamten an einer Konferenz in Pretoria im Jahre 1983 gegeben?
65. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung bei ihren Überprüfungen hinsichtlich der Beteiligung eines BKA-Beamten an der Vorbereitung einer Polizeisonderreise vom 3. bis 22. Februar 1986 nach Südafrika gelangt (vgl. Plenarprotokoll 10/195)?
66. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, daß die Bundesrepublik Deutschland für Herrn Tiedge Pensionszahlungen leistet und in die DDR überweist?
67. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Werden Herrn Tiedge die vollen Pensionsansprüche gezahlt?
68. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten der Sperranlagen der DDR an der innerdeutschen Grenze seit 1961 sowohl im materiellen als auch im personellen Bereich?
69. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wieviel Gelände wird schätzungsweise für die Sperranlagen der DDR entlang der innerdeutschen Grenze in Anspruch genommen und forst- oder landwirtschaftlicher Nutzung entzogen?
70. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, Spitzenpositionen in Ministerien und obersten Bundesbehörden an Beamte nur noch auf Zeit zu vergeben?

71. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung konkrete Schritte in diese Richtung?
72. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß junge Inspektoren nach ihrer Prüfung nicht mehr nach der Besoldungsstufe A 9, sondern nach A 8 bezahlt werden?
73. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Welches sexuelle Verhalten kann nach Ansicht der Bundesregierung zur Erpressung führen, wenn, wie in der Tageszeitung EXPRESS vom 14. Februar 1986 zu lesen war, die Beschreibung für ein Sicherheitsrisiko künftig nicht mehr „abnorme Veranlagung auf sexuellem Gebiet“, sondern „sexuelles Verhalten, das zu einer Erpressung führen kann“ heißen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

74. Abgeordneter
Hettling
(SPD) Warum ist es der Bundesregierung innerhalb von drei Jahren nicht möglich gewesen, den Auftrag – gemäß des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1982 – „die steuerlichen Rahmenbedingungen der deutschen Seeschifffahrt an diejenigen vergleichbarer westlicher Schifffahrtsländer anzupassen“, und welche Fähigkeiten haben der Bundesregierung gefehlt, gemäß ihres eigenen Beschlusses vom 30. Mai 1984, „bis zum Jahresende eine Untersuchung über die steuerliche Situation der Seeschifffahrt in verschiedenen Staaten“ zu erstellen?
75. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung, daß z. B. ein ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, der von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland umsiedelt, unmittelbar nach der Aufnahme hier bei uns für seine Verwundung in einer SS-Einheit eine Grundrente, die nach § 31 Bundesversorgungsgesetz von einer Erwerbsminderung um 30 v. H. an unabhängig von der Höhe des Einkommens gewährt wird – während ein Verfolgter des Nazi-Regimes mit einem in der Haft erlittenen, vergleichbaren körperlichen Schaden nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland keinen Anspruch auf eine Versorgung nach dem Bundesentschädigungsgesetz hat?
76. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung, daß die in der vorherigen Frage erörterten Tatbestände im Ausland den Eindruck erwecken, in der Bundesrepublik Deutschland werden ehemalige SS-Männer wohl versorgt, während offensichtlich Verfolgte der Nationalsozialisten in unwürdigen sozialen Verhältnissen zu leben gezwungen sind?

77. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung eine Meldung der Zeitschrift „Der deutsche Weinbau“ bestätigen, wonach die Verwaltung in den zuständigen Ministerien Beratungen und Berechnungen durchführt, wie im Rahmen der Harmonisierung der Verbrauchsteuern innerhalb der EG in der Bundesrepublik Deutschland die Weinsteuer eingeführt werden kann?
78. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß vor genau 60 Jahren, also 1926, beim Wein eine ähnliche Notsituation, nämlich der spanische Weinhandelsvertrag, kein Weinverkauf der deutschen Weine, dazu die Belastung durch die damals erhobene Weinsteuer, gegeben war, und die Winzerunruhen die damalige Reichsregierung zwangen, die Weinsteuer wieder abzuschaffen, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Parallele?
79. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Läßt sich die Bundesregierung bei ihrer in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Absicht, ihren Gesetzentwurf über die Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums durch ihre Zustimmung zur vollständigen oder teilweisen Einbeziehung der Grundstückskosten in die Förderung substantiell verändern zu lassen (siehe dpa vom 19. Februar 1986 und Handelsblatt vom 20. Februar 1986), von der Auffassung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (Presseerklärung 3/86) leiten, „daß bei einer Festsetzung des förderungsfähigen Höchstbetrags auf 250 000 DM ein zusätzlicher Anreiz geschaffen würde, die nicht berücksichtigungsfähigen Bauleistungen in Schwarzarbeit erstellen zu lassen“?
80. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH-Aktuell 3/86), daß bei Senkung der in ihrem Gesetzentwurf zur Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums vorgesehenen Höchstgrenze von 300 000 DM auf 250 000 DM unter gleichzeitiger Einbeziehung der vollen oder eines Teils der Grundstückskosten in die Förderung „ein zusätzlicher Anreiz geschaffen würde, die nicht berücksichtigungsfähigen Bauleistungen in Schwarzarbeit erstellen zu lassen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

81. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Welche Auswirkungen für das hiesige Handwerk bzw. die Erzeuger wird es haben, wenn Produkte aus den EG-Ländern, die zwar den Bestimmungen in den Herstellungsländern, nicht aber denen der Bundesrepublik Deutschland entsprechen – wie z. B. Wurst, die nach englischen Bestimmungen bis zu 30 v. H. Mehl enthalten kann – auf den bundesdeutschen Markt gebracht werden?

82. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung gegen eine Benachteiligung des hiesigen Handwerks bzw. der hiesigen Erzeuger zu tun?
83. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Können von der Bundesregierung Auskünfte darüber gegeben werden, wie hoch der Anteil von neuen Firmengründungen an den Firmenpleiten der Jahre 1984 und 1985 gewesen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

84. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, daß der Überdüngung des Bodens vordringlich Einhalt zu gebieten ist?
85. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit zu treffen, um dieser Forderung nachzukommen?
86. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung eine Unterzeichnung der europäischen Tierversuchskonvention ablehnen, wenn diese Konvention nach der Novellierung des Tierschutzgesetzes gegenüber dem deutschen Tierschutzrecht einen Rückschritt im Sinne des Tierschutzes bedeuten sollte?
87. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in wieviel Fällen im Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1984/85 Genehmigungen gemäß § 8 Tierschutzgesetz nicht erteilt wurden, und hält sie die in Bonn geplanten Experimente mit Pavianen (siehe General-Anzeiger vom 19. Februar 1986) für vereinbar mit dem deutschen Tierschutzrecht?
88. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Sind die allgemeinen Auftragsbestimmungen für Messebeteiligungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AAB-BML) mit dem Bundesminister der Justiz im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den Bestimmungen des ABG-Gesetzes abgestimmt worden, und hält es die Bundesregierung z. B. mit dem ABG-Gesetz vereinbar, in allgemeinen Auftragsbestimmungen Vertragsstrafenversprechen abzufordern (vgl. AAB-BML XIII Nr. 4)?
89. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie verändern sich die Werte des Treibstoffs, wenn man 5 v. H. bzw. 10 v. H. Bioäthanol beimischt?
90. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welchen Einfluß hat die Beimischung von 5 v. H. bzw. 10 v. H. Bioäthanol auf die Immissionswerte bei Treibstoff mit und ohne Katalysator?

91. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie viele Schlachttiere sind im Jahre 1985 aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und von hier in die DDR verkauft worden, und mit welchen Zahlen rechnet die Bundesregierung für das Jahr 1986?
92. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die exakte Einhaltung der zugeteilten Referenzmenge bei der Milch-Garantiemengenregelung für viele landwirtschaftliche Betriebe nicht möglich ist?
93. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie die anderen EG-Partner dieses Problem handhaben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

94. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung den United States Information Service (USIS) „ermutigt, in angemessener Weise darzustellen, was wir zur Verteidigung Deutschlands beitragen“, wie der Direktor der USIS, Charles Wick, in einem Interview mit der BBC im Hinblick auf das geplante RIAS-Fernsehen erklärt hat, und sind angesichts dieser Aufforderung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, sich eines Informationsmediums, das überwiegend mit Hilfe der Leistungen deutscher Steuerzahler aus dem Bundeshaushalt betrieben wird, als Propagandasender zu bedienen, noch die Beteuerungen glaubwürdig, journalistische Freiheit beim RIAS werde auch beim Fernsehen nicht eingeschränkt?
95. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, gegenüber den amerikanischen Partnern zu bekunden, daß eine Ausdehnung des RIAS-Programms auf einen Fernsehteil nur dann von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag getragen werden wird, wenn ein von direkter Regierungseinwirkung freies Kontrollgremium Programmgestaltung und Personalpolitik beaufsichtigt und gleichermaßen die innere Mitbestimmung, wie sie beim RIAS-Hörfunk seit 1969 zur allseitigen Zufriedenheit funktioniert, auch auf alle neuen Betriebsteile, d. h. das Fernsehen, ausgedehnt wird?
96. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise gewährleistet die Bundesregierung, daß die aus der DDR im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland als Arbeitnehmer eingesetzten Deutschen in den vollen Genuß der ihnen zustehenden Grund- und Menschenrechte kommen, insbesondere auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

97. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes bezüglich der Zulässigkeit befristeter Arbeitsverhältnisse zu ändern oder zurückzunehmen, in Anbetracht der Tatsache, daß eine Sonderuntersuchung des Arbeitsamtes Ludwigshafen einen Rückgang der unbefristeten Arbeitsverhältnisse von 86,5 v. H. auf 57,4 v. H. um 29,1 v. H. und eine Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse von 13,5 v. H. auf 42,6 v. H. seit 1983 ausweist?
98. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen hat, sondern ausschließlich Rechtsnachteile für die Arbeitnehmer?
99. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Trifft es zu, daß ältere Arbeitnehmer, die seit dem 1. Juli 1984 arbeitslos sind, von der mit der 7. Novelle Arbeitsförderungsgesetz beschlossenen Verlängerung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld ausgesperrt sind, weil sie den entscheidenden Stichtag um zwei Tage verfehlen, und hat die Bundesregierung diesen Effekt bei der Erarbeitung ihres Gesetzentwurfs bewußt einkalkuliert?
100. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Trifft es zu, daß ältere Arbeitnehmer, die seit dem 1. Juli 1984 arbeitslos sind, von der mit der 7. Novelle Arbeitsförderungsgesetz beschlossenen Verlängerung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld „begünstigt“ werden, wenn sie im letzten halben Jahr mindestens zwei Tage krank gemeldet waren?
101. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie weit sind die Vorarbeiten für die Standortwahl für eine zentrale Verwaltungsschule der Bundesanstalt für Arbeit im bayerischen Zonenrandgebiet bereits gediehen, und treffen Hinweise zu, daß die Bundesanstalt jetzt wieder einen Standort außerhalb des Zonenrandgebiets mit der Begründung sucht, sie habe im Zonenrandgebiet keinen geeigneten Standort gefunden?
102. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es zur Praxis im Baugewerbe gehört, daß Arbeitnehmer genötigt werden, zwei Arbeitsplätze zu je 390 DM einzunehmen, um damit Renten- und Krankenversicherungsbeiträge zu umgehen, und dies mit der Notwendigkeit niedriger Preise begründet wird?

103. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß solche Mißstände beseitigt werden müssen, wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Abhilfe einzuleiten?
104. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Zahl der Bezieher von Trennungsbeihilfe gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 4 AFG im Laufe der letzten Jahre entwickelt (gegliedert nach Bundesländern)?
105. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um Arbeitssuchende auf dieses wichtige Instrument zur Förderung der Mobilität hinzuweisen?
106. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Preisvergleiche bei Fertigarzneimitteln mit identischen Wirkstoffen, die z. B. vom Bundesauschuß Ärzte/Krankenkassen veröffentlicht werden, einen einwandfreien Wirkungsvergleich ermöglichen; wenn ja, ist das Bundesgesundheitsamt in der Lage, bei neu zugelassenen Fertigarzneimitteln aus bekannten Stoffen die Wirkungs-gleichheit der Arzneimittel, die den gleichen Wirkstoff in gleicher Menge enthalten, zu garantieren?
107. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Nachweis der Bioäquivalenz gleicher Arzneimittel, die in Preisvergleichslisten bewertet werden, unabdingbar ist, andernfalls Preisvergleichslisten wissenschaftlich nicht haltbar sind?

Bonn, den 21. Februar 1986

